

Scholz will von seinem Versagen ablenken

Waffenlieferungen an die Ukraine: „EU muss mehr helfen“, FR-Meinung vom 2. Februar

Die Debatte um die Hilfen wird immer grotesker

Eine Steigerung von „grotesk“, das wäre der Schleichweg eines Ringtauschs, über England die deutschen Taurus-Marschflugkörper in die Ukraine zu liefern. Ich halte allerdings nicht den direkten Weg dieser Waffenlieferungen für den besseren, sondern appelliere an unseren Bundeskanzler, endlich mit einem eindeutigen Nein als Antwort auf diese ukrainischen Anforderungen zu reagieren. Ein Weg wird nicht der richtige, indem man einen ominösen Umweg einschlägt, um dasselbe Ziel zu erreichen. Der angedachte Umweg zeigt vielmehr, dass der Weg der falsche ist, sei er direkt oder hinterherum.

Bekannt ist, dass diese Marschflugkörper bis auf russisches Gebiet reichen und mit ihrem Einsatz eine westliche Kriegserweiterung erfolgt. Wie viel Naivität braucht es anzunehmen, in diesem Sinne würden die Taurus nicht eingesetzt? Genau dafür werden sie erbeten. Technische, geschweige denn moralische Einsatzbeschränkungen wären absurd in einem Krieg, der wie alle Kriege im Wortsinn über Leichen geht.

Dass außerdem keiner Kriegspartei zu trauen ist und die uns erreichenden Informationen nicht überprüfbar sind, lesen wir täglich. Statt diesen sich endlos dahinziehenden Krieg, in dem es mittlerweile nicht mehr nur um Verteidigung, sondern um Siegen und Vergeltung geht, mit westlichen Waffensystemen anzuheizen und am Laufen zu halten, sollten wir uns endlich auf eine Unterstützung der Ukraine konzentrieren, die Menschenleben erhält, anstatt zu zerstören. Die ohne Vorbedingungen für Friedensgespräche bereit ist. Lasst uns die „grotesken“, todbringenden Wege endlich verlassen, nicht nach irreführenden Schleichwegen suchen und uns eindeutig positionieren für Leben und Überle-

ben der Menschen. Politiker:innen wie Frau Strack-Zimmermann und Herr Hofreiter sollten dabei nicht unbedingt den Ton angeben. Sonst wird's irgendwann noch grotesker.

Hanne Strack, Rüsselsheim

Das Amt des Kanzlers ist momentan fehlbesetzt

Dass sich Herr Scholz bei der Haushaltsdebatte entgegen seiner sonstigen Art mal so richtig aufgeplustert und Richtung Opposition gewettert hat, sollte vermutlich nur vom eigenen Versagen seiner Ampelregierung und seinen fehlenden Führungsqualitäten ablenken.

Natürlich ist der marode Zustand der Infrastruktur, vieler Schulen, Unis und Krankenhäuser, der Fehlbestand beim sozialer Wohnungsbau, der scheinbar unaufhaltsame Abstieg des Bildungsniveaus, das weitere Auseinanderdriften von Arm und Reich und das Versäumnis eines konsequenten Umbaus hin zu einer klimagerechten, ökosozialen Wirtschaft in erster Linie der unionsgeführten Vorgängerregierung zuzuschreiben. Aber auch daran waren SPD und Olaf Scholz als Finanzminister beteiligt, wie an der seinerzeitigen Verankerung der unseligen Schuldenbremse.

Heute ist Scholz Bundeskanzler und lässt den Blockademinister Lindner regelmäßig gewähren, wenn es gilt, die Bereitstellung notwendiger Mittel zur Zukunftssicherung dieses Landes zu verhindern bzw. Steuersubventionen für Wohlhabende zu streichen oder leistungsloses Vermögen zu besteuern. Insofern sollte Scholz vorsichtig sein, „ökonomischen Sachverstand“ abzusprechen oder ihn für sich zu reklamieren. Denn die eigene Verstrickung in den Cum-Ex-Skandal inklusive des peinlichen Gedächtnisverlustes im Wirecard-Skandal sprechen nicht gerade für den Wert seiner permanenten Selbstbelobigungen. Auch

der insolvente Elbtower wurde von Herr Scholz mitgeplant und seine damalige Ansage, dass er „als Bürgermeister möchte, dass die Hamburger sagen, das hat Scholz gut gemacht, wenn das fertig ist“, unterstreicht meinen Eindruck, dass das Amt des Bundeskanzlers momentan fehlbesetzt ist.

Bernd Bremen, Aachen

Man sollte nicht nach mehr Waffen rufen

Ich bin zutiefst entsetzt und fassungslos, dass Markus Decker („Blamage für Scholz“, FR-Meinung vom 26. Januar) einstimmig in die seit dem völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine vorherrschende Kriegshysterie, wenn er die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern fordert. Die Weltuntergangsuhr steht auf 90 Sekunden vor zwölf; russische Politiker haben wiederholt vor dem Einsatz von Nuklearwaffen gewarnt, wenn das Kernland angegriffen wird. Bis auf „New Start“ sind alle Atomwaffen-Verträge gekündigt worden. Wer in dieser Situation nach Waffen ruft, die Moskau erreichen können, schreibt in meinen Augen verantwortungslos.

Auch wenn ich den Bundeskanzler kritisch beobachte, bin ich froh über das, was die „Bild“-Zeitung als „Zögern“ oder „Blamage“ bewertet: Scholz scheint einer der Wenigen zu sein, die sich der Gefahr der nuklearen Eskalation bewusst sind. Interessant scheint mir der Vergleich mit dem Ersten Weltkrieg, als die Fronten im Stellungskrieg verhärteten. Das Senfgas wurde sowohl nach Westen als auch nach Osten verweht. Auch damals gab es nur Ablehnung und Hohn für die Idee, Verhandlungen zumindest über einen Waffenstillstand zu führen, der das Töten beendet.

Dass so ein Artikel in „mein FR“ steht, ärgert mich.

Wlfrid Riese-Girostein, Alsbach

Diskussion: frblog.de/friedenslogik



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Lafontaines Reden

BSW: „Die merkwürdige Friedenspartei“, FR-Politik vom 29.1.

Allein der Zusatz „Vernunft und Gerechtigkeit“ (im Parteinamen, Anm. d. Red.) besagt, dass alle anderen unvernünftig und ungerecht sind. Nun ja: Ich habe mir noch einmal die Reden angehört, die auf dem Parteitag des BSW am 27.1. (Holocaust-Gedenktag) gehalten wurden. Die Rede von Oskar Lafontaine stach dabei besonders hervor. Wenn man an die sechs Millionen ermordeten Juden denkt, dann müsse man auch an die 20 Millionen Toten der Roten Armee denken. Welch ein fürchterlicher Vergleich. Wenn Lafontaine wenigstens an die Befreiung Leningrads am 27.1.1944 erinnert hätte (Zerschlagung des dreijährigen Einkesselungsringes der Wehrmacht, die die Verhungern der Bewohner dieser Stadt zum Ziel hatte), dann wäre es noch verständlich, aber so etwas fällt so einem Mann nicht ein; ebenso wenig die Vernichtungsziele der Hamas, Fatah und PLO. Dann doch lieber den Israelis „Völkermord“ vorwerfen, bei Sportpalaststimmung. Die Partei „Die Linke“ kann froh sein, dass solche Leute nicht mehr bei ihnen sind.

Günther Rohr, Rodgau

Diskussion: frblog.de/bsw-2

Vielen Dank, ihr Bauern!

Zu: „Bauernverband setzt Proteste fort“, FR-Wirtschaft vom 26. Januar

Es ist nichts Neues: Sprache transportiert neben der Information immer auch Emotion – das lässt sich nichts dran machen. Bedeutet aber auch, dass mit Sprache – insbesondere in den Medien – sorgsam umgegangen werden muss. „Bauer“ suggeriert: arm, um sein Vieh sich sorgend, die Scholle liebend. Man kann ihm einfach nur helfen wollen. Dem ist schon lange nicht mehr so. Die Landwirtschaft ist in der Hand von Landwirten bzw. Agrarunternehmern, die zu rund 90 Prozent über den DBV organisiert sind. Die Bereitschaft dieser Berufsgruppe, unternehmerisches Risiko zu tragen und über pekuniäre Rücklagen auszuweichen, ist gering. Dann sind sie wieder „Bauern“. Ist die Ernte schlechter: „Bauer“. Ist sie besser: Landwirt. Am Rande möchte ich die Rechnung eines Freundes weitergeben: Davon ausgehend, dass aktuell etwa 21 Cent/Liter Agrardiesel den Landwirten über die Steuervergünstigung erstattet werden, haben den deutschen Steuerzahler die diversen Agrar-Demos mit der beispielhaften Traktorenzahl 5000 überschlägig gekostet: 5000 Traktoren mal acht Stunden mal 15 Liter/Stunde mal 21 Cent pro Liter Subvention – nur mal für fünf Tage gerechnet – macht schlappe 630 000 Euro aus der Steuertasche. Danke!

Helga Wenzel, Wanfried-Heldrath

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert präsentiert sein Buch „Wer nicht hören will, wird bestreikt“. Mit Jürgen Hinzer, früherer Bundesstreikbeauftragter der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten.
Donnerstag, 15. Februar, 14 Uhr DGB-Haus, Am Freiheitsplatz 6 Hanau

Claus-Jürgen Göpfert spricht über das Erstarken der Rechten in den Betrieben mit dem Soziologen Professor Klaus Dörre von der Universität Jena.
Montag, 19. Februar, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert „Der Krieg in Gaza – Wie kann man weitere Eskalationen verhindern?“ Mit Nicole Deitelhoff (Leipnitz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung) Ruprecht Polenz (CDU) und Michael Roth (MdB, SPD). Livestream: youtube.com/hausamdom
Dienstag, 20. Februar, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Ohne maximale Vorbedingungen

Ukrainekrieg: „Die Frage ist, wer den längeren Atem hat“, FR-Tagesthema vom 2. Februar

Für eine realistische Friedensforschung ist es hilfreich, ja unverzichtbar, Militärgeschichte und strategische Überlegungen zu berücksichtigen. Umgekehrt gilt jedoch für eine Militärgeschichtsschreibung, der es ernsthaft darum geht, Beiträge zur Verhinderung, zur Eindämmung und zur Beendigung von Kriegen zu leisten: Sie hat die historische Konflikt- und Friedensforschung und deren Ergebnisse einzubeziehen, insbesondere wenn sie sich auch gesellschaftsgeschichtlich zu orientieren versucht. Dann kann es nicht nur um Analysen von militärischen Kräfteverhältnissen, von Waffensystemen sowie militärisch nutzbaren Ressourcen und von Schlachtverläufen gehen. Historische Analysen von Kriegsursachen wie Kriegsverläufen und

die Erinnerung an mit Kriegen verbundenem, unermesslichem Leid von Soldaten und Zivilbevölkerung können Anstöße vermitteln, ernsthaft über Wege und Schritte zum Frieden nachzudenken. Dies kommt bei Sönke Neitzel in seinem Interviewbeitrag allerdings zu kurz, auch wenn er anmerkt, dass Sicherheitspolitik „natürlich auch aus Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit“ besteht. Er stellt vor allem fest, dass „wir uns in einem Abnutzungskrieg befinden“, für den weitere Soldaten und Taurus-Marschflugkörper benötigt würden.

Den Krieg gewinnen kann die Ukraine in der jetzigen Situation nicht, wenngleich sie mit einer Defensivstrategie und -verteidigung im Schwarzen Meer erhebliche Erfolge erzielt

hat. Für eine militärische Rückeroberung verlorener Gebiete würde sie jedoch eine mehrfache militärische Überlegenheit zumindest regional benötigen. Dass dies illusorisch ist, dürfte auch Neitzel als Militärgeschichtswissenschaftler wissen, der Einschätzungen führender u.a. amerikanischer Militärexperten kennt.

Eine Konsequenz sollte sein, verstärkt diplomatisch auf erste, regionale und schrittweise Waffenstillstände hinarbeiten. Zur Konsolidierung könnten diese übrigens von beiden Seiten genutzt werden. Das Ziel müsste dann sein, unter Vermittlung der UN und von Drittstaaten in weitere, offen zu gestaltende Verhandlungen ohne maximale Vorbedingungen von beiden Seiten einzutreten.

Norbert Fabian, Bochum